

## Resolutionen der Jahreshauptversammlung vom 7. Oktober 2023

### 1. Gegen den Klinik-Kahlschlag! Für Erhalt aller Kliniken mit auskömmlichen Tarifen!

Auslagerung von 320 Beschäftigten des Klinikums in eine Servicegesellschaft zu Dumping-Löhnen - Schließung der Ohligser Lukas-Klinik zum Jahresende sowie der Krankenhäuser Haan und Hilden zum Januar 2024 mit dem Verlust von 1500 Arbeitsplätzen und 120 Ausbildungsplätzen! Diese Hiobsbotschaften sind für das Gesundheitswesen in Solingen und Umland ein alarmierendes Signal einer rein profitorientierten Gesundheitspolitik von Bund, Land, Krankenkassen und privaten Gesundheitskonzernen auf Kosten der breiten Masse der Bevölkerung! Dagegen muss ein massenhafter aktiver Widerstand entwickelt werden.

- Für Erhalt aller Kliniken mit allen Arbeits- und Ausbildungsplätzen mit auskömmlichen Tarifen!
- Ausbau statt Abbau des Gesundheitswesens!

### 2. Statt drohenden Zusammenbruch der kommunalen Finanzen: Streichung der Altschulden und ausreichende kommunale Finanzierung durch Bund und Land!

Jahrelang schon stand der kommunale Haushalt unter dem Diktat der sogenannten Haushaltssicherung. Bis 2023 durften zusätzliche Ausgaben für Corona und Flüchtlinge in Sonderhaushalten verbucht werden, um sie in 50 Jahren abzustottern. Doch statt dass die NRW-Landesregierung angesichts ihrer deutlichen steuerlichen Mehreinnahmen den Kommunen und zukünftigen Generationen diesen Ballast abnimmt, beschloss sie: Ab 2024 müssen diese Kosten in den normalen Haushalt mitfinanziert werden. Das ist für die Stadt Solingen unmöglich. Dieser Beschluss bedeutet, dass ab 2024 die Stadt ein Großteil der freiwilligen Zuwendungen an kulturellen, sozialen, sportlichen, ökologischen usw. Maßnahmen vollkommen einstellen muss. Das ist völlig unakzeptabel. Wir fordern daher:

- Vollständige Übernahme der Sonderausgaben für Corona und Flüchtlinge durch Bund und Land!
- Finanzierung aller Fix- und Folgekosten für Maßnahmen, die Land und Bund beschließen ebenfalls durch Land und Bund (Einhaltung des Konnexitätsprinzips)!
- Streichung der Altschulden auf Kosten von Land sowie von Sparkassen und Banken!
- Dauerhaft ausreichende Finanzierung der kommunalen Daseinsfürsorge durch das Land!

### 3. Gegen die weitere Militarisierung der Gesellschaft auch in den Kommunen!

Vom 7. Oktober bis 25. November organisierte die Bundeswehr eine Werbekampagne mit einem Panzer im Einkaufszentrum "Hofgarten". Dort hat sie in einem Ladenlokal eine „Pop-up-Karriere-Lounge“ eingerichtet. Welch verschleiernde Verniedlichung des barbarischen Kriegsgeschehens wie aktuell in der Ukraine! Das ist erklärtermaßen Teil einer umfassenden Marketingstrategie, um neue Soldaten zu rekrutieren - angesichts eines „Fehlbedarfs“ von 20.000 Soldaten. Mit Panzern in Einkaufszentrum aufzufahren, ist deutschlandweit eine Premiere. Wir in Solingen haben eine lange Tradition im antimilitaristischen Kampf. Wir wollen und können nicht widerstandslos zusehen, wie unsere Stadt zum Vorzeigebispiel für neue Methoden der militaristischen Propaganda wird! Es ist daher ein Gebot der Stunde, breit gegen diese weitere Militarisierung zu protestieren.